

A1neuneuneuneuneu Präambel

Antragsteller*innen:

1 Liebe Berlinerinnen und Berliner im Bezirk Berlin-Mitte,
2 das Herz unserer Stadt spiegelt vom Tiergarten bis in den Wedding und von Moabit
3 bis zum Alexanderplatz wie kaum ein anderer Bezirk die Vielfalt der Menschen und
4 ihrer Lebensentwürfe wider. Unser Bezirk ist reich an Widersprüchen und
5 Gemeinsamkeiten. Mitte ist laut und entspannt, Zuhause und Tourismusmagnet. Vor
6 allem befindet sich der Bezirk in einem ständigen Wandel – mit allen positiven
7 und negativen Folgen.

8 Diese Vielfalt ist die Basis GRÜNER Politik im Bezirk, weil wir sie
9 wertschätzen, unterstützen und fördern wollen. Denn Berlin-Mitte ist auch reich
10 an Kreativität, Leidenschaft und Verstand, an Humor und Hilfsbereitschaft. Und
11 unser Bezirk bietet viele Freiräume für Menschen aus aller Welt, um sich
12 auszuprobieren und einfach ihr Leben zu leben. Für dieses Berlin und diese
13 offene Gesellschaft wollen wir eintreten.

14 Der Wandel und das schnelle Wachstum der Stadt stellen uns vor große
15 Herausforderungen. Die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU im Bezirksamt und in der
16 Bezirksverordnetenversammlung hat in den vergangenen Jahren viele fragwürdige
17 Entscheidungen getroffen. Politik braucht jedoch ein tragfähiges Fundament und
18 eine Idee von Zukunft. Politik braucht auch Ihre Ideen und Anregungen. Dazu muss
19 sie auch bereit sein, Ihnen zuzuhören. Wir sind dazu bereit.

20 Wir GRÜNE haben die Fantasie und den Willen, um über das Heute hinauszudenken.
21 Gemeinsam mit Ihnen wollen wir mit Geduld und Sachverstand die Zukunft des
22 Bezirks planen. Veränderungen wollen wir nicht aussitzen oder erdulden, sondern
23 sie annehmen und gestalten. Wir wollen einen lebenswerten Bezirk, der Vorreiter
24 in Klima- und Umweltschutz wird, Mobilität für alle ermöglicht und lebendige
25 Kieze sowie Nachbarschaften erhält. Einen Bezirk der Möglichkeiten mit Chancen
26 durch gute Bildung, einem starken Kulturstandort, einer gelingenden Integration
27 der vielen Neuberlinerinnen und -berliner und Angebote für Jung und Alt. Einen
28 Bezirk, in dem die Verwaltung für die Menschen da ist und wo in die Zukunft
29 investiert wird, in dem der wirtschaftlichen Dynamik und dem Gründerboom der
30 notwendige Stellenwert zukommt und in dem auch Menschen in Armut Perspektiven
31 eröffnet werden.

32 Gemeinsam mit Ihnen wollen wir zeigen: Berlin-Mitte ist der mutigste,
33 innovativste, vielfältigste und grünste Bezirk von Berlin. Mit Ihnen wollen wir
34 unseren Bezirk voranbringen. Deshalb bitten wir Sie um Ihre Unterstützung für
35 mehr GRÜNE Politik: mit Ihrer Stimme bei den Wahlen am 18. September 2016, aber
36 auch über den Wahltag hinaus mit Ihren Ideen, Ihrem Engagement, Ihren
37 Anregungen, Ihrer Kritik und vielleicht auch mit Ihrem Lob.

38 Berlin-Mitte und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wir finden, das ist eine ziemlich gute
39 Idee.

A2neuneuneuneuneuneuneuneu Kapitel 1: Den lebenswerten Bezirk gemeinsam gestalten

Antragsteller*innen:

40 1.1 Berlin-Mitte zum Vorreiter für Klima- und Umweltschutz machen

41 Global denken und im Bezirk handeln: Nach diesem Prinzip wollen wir uns dafür
42 einsetzen, dass Berlin-Mitte in Sachen Umwelt- und Klimaschutz vorangeht und
43 neue Maßstäbe setzt. Dafür möchten wir gemeinsam mit den Menschen unser
44 bezirkliches Klimaschutzprogramm umsetzen, das wir als Basis für ein umfassendes
45 Konzept erstellt haben. Wir setzen der Flickschusterei im Bezirk ein Ende und
46 treiben vor allem die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude voran.
47 Dafür wollen wir die zahlreich vorhandenen Fördermöglichkeiten für Kommunen und
48 Länder nutzen. Wir werden Klimaschutz im Kiez erlebbar machen, beispielsweise
49 durch die Umsetzung des Beteiligungs- und Planungsprojektes „Klima im Kiez“.
50 Außerdem möchten wir energetische Quartierskonzepte wie „Green Moabit“ und
51 weitere regionale Klimakonzepte fördern. Mit dem Ausbau der erneuerbaren
52 Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz leisten wir als Bezirk einen
53 Beitrag für den Klimaschutz.

54 Wir finden, dass Menschen ein Recht auf saubere Luft haben – egal, wo sie
55 wohnen. Den Fuhrpark des Bezirks wollen wir deshalb schrittweise vollständig auf
56 Fahrräder und emissionsarme Fahrzeuge umstellen. Und wir meinen, dass Flüsse und
57 Seen frei zugänglich und auch zum Baden da sein sollten. Wir werden uns deshalb
58 auch weiter für das Flussbad Berlin und die Fertigstellung des Spree-Uferwegs
59 stark machen. Das wahrscheinlich auch für den Menschen krebserregende
60 Insektengift Glyphosat hat in unserem Bezirk nichts zu suchen. Wir werden bei
61 der Berliner Stadtreinigung (BSR) darauf hinwirken, dass alternative Methoden
62 zur Unkrautbeseitigung eingesetzt werden. Zum Umweltschutz zählt für uns auch
63 mehr Lärmschutz – nicht nur an den Hauptverkehrsstraßen, sondern auch mit
64 lärmschützender Technik an den Bahntrassen. Außerdem setzen wir uns dafür ein,
65 dass das Nachtflugverbot beim Flughafen Tegel konsequent eingehalten wird.

66 1.2 Grünflächen erhalten und ausbauen

67 Wir wollen eine grüne Stadt und keine grauen Betonwüsten. Deshalb setzen wir uns
68 für die Grünflächen und Parks als wichtige Naherholungsräume für die Menschen
69 ein, wollen sie erhalten und schützen und die Finanzierung für ihre Pflege
70 verbessern. Dafür müssen wir die vorhandenen Bäume pflegen und neue Bäume
71 nachpflanzen. Auf unsere Initiative werden zukünftig auch Obstbäume und andere
72 „essbare“ Kulturpflanzen gepflanzt, um nicht nur Kindern das Erlebnis der
73 „essbaren Stadt“ zu bieten. Um die Aufenthaltsqualität in unserem Bezirk zu
74 erhöhen, sollen mehr Bänke zum Verweilen und Ausruhen in den Grünflächen und im
75 öffentlichen Raum einladen. Wir setzen uns für den Erhalt möglichst vieler und
76 verbundener Grünflächen in unserem Bezirk ein und kämpfen weiterhin gegen die
77 Einzäunung des Großen Tiergartens.

78 Neben den Grünflächen ist Berlin auch durch die zahlreichen grünen Straßen mit
79 einem wundervollen Baumbestand gekennzeichnet. Für deren Erhalt treten wir Grüne
80 mit Nachdruck ein. Bei der Straßenneugestaltung werden wir uns für
81 Neupflanzungen einsetzen. Wir wollen jeden gefälltten Baum durch zwei neue
82 ersetzen. Dabei beteiligen wir Anwohner*innen, anstatt einfach Tatsachen zu
83 schaffen, wie durch Fällungen in der Vergangenheit geschehen. Gesellschaftliches

84 Engagement wie Urban Gardening oder Baumscheibenbegrünung wollen wir fördern und
85 ausbauen. Dies nützt auch den gefährdeten Bienen und anderen Insekten, die die
86 Grundlage für eine blühende Stadt sind.

87 1.3 Mobilität für alle Menschen ermöglichen

88 Die Straße ist für alle da! Wir treten für eine moderne Verkehrspolitik ein,
89 welche die Belange aller Verkehrsteilnehmer*innen berücksichtigt. Dafür braucht
90 es unter anderem barrierefreie Bürgersteige und freie Fahrradwege. Das Zustellen
91 und Zuparken soll konsequenter geahndet werden. Für Ältere, Menschen mit
92 Behinderung und Eltern mit Kinderwagen ist die hohe Anzahl von nicht
93 barrierefreien U-Bahnhöfen im Bezirk nach wie vor ein großes Ärgernis. Hier
94 werden wir dranbleiben und bei den zuständigen Stellen der BVG auf einen
95 schnellen Umbau drängen.

96 Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad. Diesen Trend wollen wir fördern. Als
97 ersten Schritt haben wir im vergangenen Jahr die Einrichtung eines „FahrRats“
98 bewirkt, der als beratendes Gremium zusammen mit dem Bezirksamt mögliche
99 Maßnahmen diskutiert und plant. Gemeinsam mit dem FahrRat wollen wir endlich das
100 Haupt- und Nebenroutennetz für den Radverkehr erschließen und weitere
101 Fahrradstraßen, -streifen und -wege ausweisen. Fahrradwege und -streifen müssen
102 freigehalten und auch baulich wieder auf Vordermann gebracht werden. Dadurch
103 wird das Rad eine attraktive Alternative und ein schnelles und sicheres
104 Vorankommen ermöglicht.

105 Weniger Verkehr bietet für alle mehr Lebensqualität. So wird die Straße Lebens-
106 und Aufenthaltsraum. Daher liegt uns neben dem Radverkehr auch die
107 Verkehrsberuhigung von Nebenstraßen am Herzen, damit die Straßen auch für die
108 Schwächsten sicherer werden. Dafür wollen wir beispielsweise am Hackeschen Markt
109 gemeinsam mit den Menschen, die dort wohnen und arbeiten, der BVG und der Taxi-
110 Innung eine verkehrsberuhigte Einkaufsstraße entwickeln, damit Fußgänger*innen
111 und Radfahrende dort endlich den Platz bekommen, den sie brauchen.

112 Um den Parkdruck in den Kiezen zu entspannen, setzen wir uns für die Ausweitung
113 der Parkraumbewirtschaftung insbesondere in den Gebieten ein, in denen die
114 Bewohnerschaft dies fordert, beispielsweise in der Luisenstadt und im Brüsseler
115 Kiez. Außerdem wollen wir Alternativen zum eigenen PKW fördern und Parkplätze
116 ausweisen, die für Carsharing-Fahrzeuge reserviert sind.

117 1.4 Verdrängung verhindern, nachhaltig und ökologisch bauen und Kiezprojekte 118 unterstützen

119 Berlin wächst, und in den vergangenen Jahren sind immer mehr Menschen in die
120 Metropole gekommen. Es ist großartig, dass Berlin so anziehend für Menschen aus
121 aller Welt ist. Doch dafür darf kein dringend benötigter Wohnraum in illegale
122 Ferienwohnungen umgewandelt werden. Um den Wohnungsmarkt zu entlasten und der
123 Zweckentfremdung von Wohnraum ein Ende zu setzen, werden wir auch weiterhin
124 gegen illegale Ferienwohnungen vorgehen. Auch den zumeist spekulativen Leerstand
125 werden wir angehen.

126 Unser vierjähriges Engagement für Milieuschutzgebiete hat in Berlin-Mitte im
127 Jahr 2016 endlich Früchte getragen. Fünf Gebiete in Moabit und Wedding wurden
128 festgesetzt. Damit gibt es die Möglichkeit, bei ca. 96.000 Bewohner*innen
129 Einfluss gegen Luxusmodernisierungen zu nehmen. Auf unsere Initiative wurden
130 zudem Prüfkriterien für die Anwendung der Milieuschutzverordnungen beschlossen,

131 die ein transparentes Verwaltungshandeln für Eigentümer*innen und Mieter*innen
132 sicherstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Berlin endlich über die
133 Bereitstellung eines Ankaufsfonds die Umsetzung bei den Eigentümer*innen
134 sicherstellt, die sich den Milieuschutzzielen verweigern. Wie bisher werden wir
135 auch zukünftig alle Möglichkeiten wahrnehmen, um die Verdrängung der Menschen
136 aus ihren Kiezen zu stoppen. Auch die Durchsetzung von Belegungsbindungen von
137 Wohnungen für Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein ist dafür ein wichtiges
138 Instrument, das wir nutzen wollen.

139 Neben der Entlastung des Wohnungsmarktes wird auch Neubau von Wohnraum für
140 Familien und Menschen mit geringem Einkommen notwendig sein. Hier wurde auf
141 Antrag unserer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung das Berliner Modell
142 zur „kooperativen Baulandentwicklung“ eingeführt, das unter anderem einen Anteil
143 von 25 Prozent Sozialwohnungen beim Neubau sichert. Bei der Bebauung
144 bezirkseigener Grundstücke sollen Konzeptverfahren die Umsetzung sozialer und
145 ökologischer Wohnungsbauvorhaben sicherstellen. Dabei unterstützen wir auch
146 unsere landespolitische Forderung nach 1000 Grünen Dächern für Berlin. Auf
147 bezirklicher Ebene wollen wir dies durch ein Fassaden- und Hofbegrünungsprogramm
148 ergänzen, um das Stadtklima und das Regenwassermanagement der Stadt zu
149 verbessern.

150 Auch planerisch ist noch viel Luft nach oben. Andere Städte zeigen
151 eindrucksvoll, dass Bauen nicht langweilig sein muss. Quadratisch, praktisch,
152 gut darf nicht länger Motto für Neubauten in unserem Bezirk sein. Wir wollen
153 Verantwortung für eine anspruchsvolle und ansprechende Gestaltung neuer oder
154 ergänzter Wohnquartiere wahrnehmen.

155 Als Grüne sehen wir uns auch als Ansprechpartner*innen für alternative (Wohn-
156)Projekte und Kreative. So konnte der „Schokoladen“ in Mitte nicht zuletzt durch
157 unseren Einsatz als Kulturstandort erhalten werden. Aktuell engagieren wir uns
158 intensiv für die „Wiesenburg“ im Wedding, die wir mit allen interessierten
159 Menschen retten und weiterentwickeln wollen.

160 1.5 Die Kieze gemeinsam gestalten

161 Eine intensive Bürgerbeteiligung ist uns bei den Planungen des Bezirks ein
162 wichtiges Anliegen, für das wir uns immer wieder eingesetzt haben und einsetzen
163 werden. Wir wollen Bürger*innen frühzeitig über Vorhaben informieren und in die
164 Planungsprozesse einbinden. Beteiligung muss für alle Menschen anschlussfähig
165 sein. Dafür möchten wir niedrigschwellige Beteiligungsformate vorantreiben und
166 auch digitale Möglichkeiten dafür nutzen. Davon haben alle etwas: Die
167 Anwohner*innen können auf die Gestaltung ihrer Kieze Einfluss nehmen, und
168 gleichzeitig erhöhen sich Qualität und Akzeptanz der Projekte. Denn am meisten
169 kann der Bezirk von der Erfahrung und dem Wissen der Anwohnerinnen und Anwohner
170 vor Ort erfahren und lernen. Bürgerbeteiligung in den Kiezen sowie Sanierungs-
171 und Quartiersmanagementgebiete sollen nachhaltig ausgebaut werden. Um
172 Transparenz zu schaffen, wollen wir darauf drängen, dass zukünftig
173 Vorhabenlisten veröffentlicht werden.

174 Ein lebenswerter Kiez braucht eine kulturelle Infrastruktur aus freier Szene,
175 Ateliers, Orten für Weiterbildung und Bibliotheken ebenso wie den Späti, die
176 Dönerbude und die Berliner ECKKneipe nebenan. Deshalb setzen wir uns für
177 vielfältige und durchmischte Kieze ein. Dabei suchen wir den Ausgleich der

- 178 verschiedenen Interessen und wollen die Menschen des Bezirks dazu einladen und
- 179 anregen, gemeinsam den Kiez lebenswert zu erhalten und fortzuentwickeln.

A3neuneuneuneuneu Kapitel 2: Bezirk der Möglichkeiten

Antragsteller*innen:

180 2.1 Gleiche Chancen durch gute Bildung schaffen

181 Die Bildungslandschaft zwischen Moabit, Wedding und Alt-Mitte ist so vielfältig
182 wie unser Bezirk. Kinder, Jugendliche und Erwachsene leben und lernen hier in
183 den Kitas, Schulen, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen und
184 Freizeitstätten. Obwohl unsere Bildungslandschaft schon einiges bietet, ist noch
185 viel mehr möglich. Denn in Berlin-Mitte zu leben ist keine Garantie, gleiche
186 Chancen auf gute Bildung zu erhalten. Dies wollen wir ändern.

187 Bildung fängt weder in der Schule an, noch hört sie dort auf. Auch wenn Schulen
188 einen großen Teil bezirklicher Bildungspolitik ausmachen, gehören für uns auch
189 die zahlreichen außerschulischen Bildungsangebote dazu. Bibliotheken,
190 Musikschulen, Volkshochschulen und auch die Bildungsverbände sind für uns
191 unentbehrliche Bestandteile der bezirklichen Bildungs- und Kulturlandschaft.
192 Diese wollen wir stärken und Konkurrenzen zwischen Bildungsangeboten überwinden.
193 Dabei möchten wir das Bildungs- und Kulturangebot gerade für ältere Menschen in
194 ihrem Wohnumfeld ausbauen.

195 Vor allem die Bildungsverbände fördern den reibungslosen Übergang von Kindern
196 zwischen den einzelnen Bildungstufen von der Kita bis zur Oberschule. Zukünftig
197 wollen wir dieses erfolgreiche Modell nicht nur im Wedding und in Moabit,
198 sondern auch im Gesundbrunnen und im Brunnenkiez aufbauen, um auch dort die
199 Bildungschancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Finanzielle
200 Unterstützung kommt dafür vom Land, aber das Engagement und die Konzepte müssen
201 vor Ort in die Projekte einfließen. Dafür wollen wir einstehen.

202 Bei der Bildungspolitik liegt uns die Beteiligung aller Schüler*innen am Herzen,
203 denn sie sind der Mittelpunkt unserer Schulpolitik. Mit dem Schülerhaushalt
204 wollen wir neue Wege in der Beteiligung von Schüler*innen gehen. Außerdem werben
205 wir in den Schulen dafür, schuleigene Mittel wie das Bonusprogramm oder das
206 Energiesparprojekt „Fifty/Fifty“ anteilig den Schüler*innen für eigene Ideen und
207 Projekte zur Verfügung zu stellen.

208 Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen in und nach der Schule die
209 bestmöglichen Chancen erhalten, um als selbstbewusste Persönlichkeiten unsere
210 Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Deshalb möchten wir Inklusion voranbringen,
211 damit alle Menschen in unserem Bezirk teilhaben können. Dafür wollen wir ein
212 bezirkliches „Netzwerk Inklusion“ initiieren.

213 2.2 Schulen sanieren und Abschlüsse für alle Schüler*innen ermöglichen

214 70 Prozent aller bezirklichen Gebäude in unserem Bezirk sind Schulgebäude. Diese
215 sind viel zu oft in einem schlechten Zustand: Ekel-Klos, kaputte Fenster und
216 Dächer hindern ein lernförderliches Klima. Hier kann und muss der Bezirk
217 zukünftig mehr tun. Nach fünf Jahren liebloser Schulpolitik im Bezirk ist der
218 Sanierungstau auf rund 120 Millionen Euro angewachsen, weil Rot-Schwarz sehr
219 viel Geld des Landes für Sanierungen Jahr für Jahr verfallen lässt. Gleichzeitig
220 verlassen in keinem anderen Bezirk so viele Jugendliche die Schule ohne
221 Abschluss wie bei uns.

222 Mit der Schulsanierung möchten wir mit den Schulen gemeinsam den Weg zu einem
223 besseren, gemeinsamen Lernen gehen. Wir wollen eine echte Sanierungsoffensive
224 wagen und dafür sorgen, dass unser Bezirk zum Vorreiter für eine moderne und die
225 Bildung fördernde Sanierung der Schulen wird. Dazu brauchen wir einen
226 Schulsanierungsplan, in dem die Bedarfe und Wünsche der Schulen einbezogen, die
227 Maßnahmen finanziell abgesichert und selbstverständlich auch umgesetzt werden.
228 Den Grünen Vorschlag eines landeseigenen Unternehmens für Schulsanierungen
229 werden wir voranbringen, damit Sanierungen von Schulen im Land Berlin
230 beschleunigt und aus einer Hand umgesetzt werden können.

231 Mit den Schulen, an denen 20 bis 40 Prozent der Schüler*innen keinen Abschluss
232 schaffen, werden wir in einen Dialog treten. Wir wollen, dass jede*r Schüler*in
233 im Bezirk mit einem Schulabschluss die Schule verlässt. Um dies zu schaffen,
234 braucht es keine „Reförmchen“ nach dem Gießkannen-Prinzip, sondern individuelle
235 Lösungen. Wir wollen dazu pragmatisch im Gespräch mit den Schulen schrittweise
236 Verbesserungen umsetzen und beispielsweise kleinere Klassen, räumliche
237 Veränderungen und passende Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.

238 2.3 Geflüchtete Menschen willkommen heißen, integrieren und teilhaben lassen

239 Wir heißen geflüchtete Menschen willkommen und wollen ihnen Schutz bieten.
240 Integration ist für uns ein Fördern und Fordern, von neuen und alten
241 Mitbürger*innen. Dies kann nur gelingen, wenn wir Menschen echte
242 Teilhabemöglichkeiten bieten - beim Wohnen, in der Bildung, mit Arbeit - aber
243 auch mit unserem Anspruch an alle, sich in die Gesellschaft einzubringen.
244 Deshalb setzen wir uns für eine menschenwürdige Unterbringung ein, solange noch
245 kein eigener Wohnraum gefunden wurde. Außerdem werden wir sicherstellen, dass
246 der Spracherwerb unserer neuen Nachbar*innen nicht an fehlenden
247 Kinderbetreuungsmöglichkeiten scheitert. Wir schlagen vor, in jedem Stadtteil
248 Sprachbildungszentren einzurichten, welche die Qualität der Kurse sicherstellen
249 und für alle Menschen erreichbar sind.

250 Kein anderer Bezirk in Berlin hat so viele geflüchtete Kinder und Jugendliche in
251 die Schulen aufgenommen wie Berlin-Mitte. Auf Initiative unserer Fraktion wurden
252 schon 2013 die „Willkommensklassen“ in der bezirklichen Schulentwicklungsplanung
253 festgeschrieben. Dennoch stoßen die Schulen dieses Jahr an ihre räumlichen
254 Grenzen. Wir wollen nicht länger akzeptieren, dass die Schulen immer voller
255 werden und die Qualität darunter leidet. Stattdessen braucht unser Bezirk neue
256 Schulstandorte und, wo möglich, mobile Ergänzungsbauten. Der Grundschulneubau an
257 der Boyenstraße in Alt-Mitte/Wedding ist ein erster richtiger Schritt.
258 Insbesondere für die Oberschulen brauchen wir ein intelligentes Raummanagement.
259 Eine Beschulung von geflüchteten Menschen in den eigenen Unterkünften lehnen wir
260 ab.

261 Wir wehren uns gegen jede Form der Diskriminierung wie in Schulen, die ihre
262 Jugendlichen aufgeben, oder auch bei Arbeitgeber*innen, die nach dem Klang des
263 Namens einstellen. Zuwanderung kann Bereicherung und Chance für unsere
264 Gesellschaft sein, wenn auch wir diese annehmen.

265 2.4 Den Bezirk als Kulturstandort weiterentwickeln

266 Ein breites Kulturangebot gehört für uns in einem lebendigen Bezirk dazu. Wir
267 sind stolz auf die Kulturnetzwerke und die Galerien, die sich auch mit
268 Unterstützung des bezirklichen Kulturamtes entwickelt haben. Die Bibliotheken

269 haben durch die neue Schiller-Bibliothek im Wedding einen deutlichen Schub
270 erfahren. Als nächsten großen Schritt wollen wir den Ausbau und die
271 Modernisierung der Bruno-Lösche-Bibliothek an der Perleberger Straße zum
272 Schwerpunkt machen.

273 Unsere Volkshochschule ist ein wichtiger Motor der Fort- und Weiterbildung, aber
274 auch der Integration. Dafür ist es wichtig, Mittel und Räume in den Stadtteilen
275 zur Verfügung zu stellen, um Menschen jeden Bildungsstandes und jeder Lebenslage
276 einen einfachen und bezahlbaren Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

277 Eine moderne Erinnerungskultur liegt uns sehr am Herzen. Menschen
278 unterschiedlicher Traditionen, Religionen und Ethnien leben in Berlin zusammen.
279 Sie blicken alle aus ihrer ganz eigenen Perspektive auf die Geschichte zurück,
280 die sich heute nicht (mehr) in einfachen Rastern darstellen und vermitteln
281 lässt. Wir treten für die Entwicklung von Formen der Erinnerungskultur ein, die
282 der Unterschiedlichkeit der Menschen in unserem Bezirk gerecht werden, und
283 wollen dafür angemessene Techniken der Informationsvermittlung nutzen. Dabei
284 setzen wir einen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit der immer noch zu
285 wenig beachteten Kolonialvergangenheit Deutschlands. Dafür sind das Projekt
286 „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ und die Entwicklung der Audio-
287 App zur Erklärung der Straßennamen erste richtige Schritte. In diesem
288 Zusammenhang werden wir auch weiterhin mit Nachdruck dafür eintreten, dass die
289 Lüderitzstraße, die Petersallee und der Nachtigalplatz im Afrikanischen Viertel
290 nicht mehr Kolonialverbrecher ehren, sondern in enger Zusammenarbeit mit
291 Anwohner*innen, Initiativen und Vereinen wie Berlin Postkolonial e.V. umbenannt
292 werden. Außerdem werden wir den Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke in das
293 Bewusstsein der Stadt rücken.

294 2.5 Jugendhilfe stärken und Familien unterstützen

295 Viele Kinder, Jugendliche und Eltern brauchen die Unterstützung der bezirklichen
296 Jugendhilfe. Wir wollen die Qualität des Kinderschutzes und der Hilfen zur
297 Erziehung verbessern. Viele Stellen im Jugendamt wurden entweder gestrichen oder
298 können derzeit nicht besetzt werden. Daher wollen wir die Stellen beim Jugendamt
299 Berlin-Mitte attraktiver machen.

300 Wir möchten, dass Jugendfreizeitstätten sowohl von freien als auch öffentlichen
301 Trägern betrieben werden, wie dies gesetzlich vorgesehen ist. Die Vergabe von
302 Aufgaben an freie Träger sowie die freie und soziale Jugendarbeit müssen so
303 gestaltet sein, dass Mitarbeiter*innen der Erziehungshilfe
304 sozialversicherungspflichtig entlohnt werden können. Dafür muss das Land Berlin
305 die Bezirke stärker unterstützen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass
306 Angebote für queere Jugendliche an einem Standort schwerpunktmäßig geschaffen
307 werden.

308 Elterngeld und Kitagutscheinstellen müssen wieder stärker personell besetzt
309 werden, damit Eltern die Leistungen auch wahrnehmen können. Dafür setzen wir auf
310 Familienbüros, bei denen alle Leistungen gebündelt von einer Stelle beantragt
311 werden können.

312 2.6 Gut und gesund leben für Jung und Alt

313 Weder Alter, Geschlecht noch Herkunft dürfen eine Hürde beim Zugang zu den
314 bezirklichen Informations- und Beratungsangeboten zu Gesundheit und Prävention
315 sein. Menschen, die auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, müssen

316 kompetente und fachlich qualifizierte Pflege und Betreuung bekommen. Dafür
317 stellen wir uns auch weiter gegen unseriöse Pflegedienste. Wir werden die
318 engagierte Arbeit im Bezirksamt für eine gute Versorgung von Hilfebedürftigen
319 fortsetzen.

320 Außerdem werden wir Programme zu gesunder Ernährung und Zahngesundheit in Kitas
321 und Schulen weiterführen. Angebote für Senior*innen wie Sturzprophylaxe wollen
322 wir erweitern. Dabei setzen wir auch auf die Zusammenarbeit mit starken
323 Kooperationspartner*innen wie Krankenkassen. Die Ergebnisse von Studien zur
324 Gesundheit der Bewohner*innen im Bezirk und der Lebenswelten von Senior*innen
325 möchten wir zügig mit Maßnahmen und Angeboten wie wohnortnahen Treffpunkten für
326 nachbarschaftliches Miteinander und gemeinsame Freizeit umsetzen. Unser Blick
327 richtet sich dabei auf alle Generationen und die jeweiligen Bedürfnisse. Gute
328 und gesunde Lebensbedingungen für alle Bewohner*innen sind unser Ziel.

329 2.7 Sport als übergreifende Aufgabe verstehen

330 Wir wollen die Förderung des bezirklichen Sports als Integrations- und
331 Inklusionsmotor weiterentwickeln. Das gilt nicht nur für unterschiedliche
332 Lebensformen und Herkünfte, sondern auch für unterschiedliche Altersgruppen und
333 Lebensphasen. Inklusive Sportangebote sind in vielen Vereinen bereits
334 selbstverständlich. Das wollen wir ausbauen. Durch den seit Jahren beschlossenen
335 Neubau der Sporthalle am Lessing-Gymnasium im Wedding wie auch durch eine
336 Ausweitung der Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern wollen wir den Sport
337 in unserem Bezirk fördern. Dazu braucht es auch mehr Stellen im Bezirksamt.

338 Die Nutzung von Sporthallen als Unterbringungsstätte für geflüchtete Menschen
339 wollen wir schnellstmöglich beenden. Wir wollen, dass geflüchtete Menschen
340 menschenwürdig und dezentral, möglichst in Wohnungen, untergebracht werden. Und
341 wo das auf die Schnelle nicht möglich ist, setzen wir uns für einen Dialog
342 zwischen allen Beteiligten ein, weil wir nicht zusehen wollen, wie
343 unterschiedliche Interessen gegeneinander ausgespielt werden.

A4neu Kapitel 3: Verwaltung stärken und in die Zukunft investieren

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Status: Eingereicht (ungeprüft)

1 3.1 Verwaltung erneuern und modernisieren

2 Die Verwaltung soll für die Menschen da sein. Doch ein Termin beim Bürgeramt,
3 Heiraten am Samstag oder Elterngeld bevor die Elternzeit vorbei ist, wurden in
4 den letzten Jahren für viele Berlinerinnen und Berliner zum Glücksspiel. Das ist
5 die Folge der Personalpolitik von SPD und CDU im Bezirk und im Land, durch die
6 unser Bezirk in fünf Jahren 220 Vollzeitstellen einsparen muss und musste.
7 Dadurch hat unser Bezirk auch mit verlorenen Einnahmen, ungenutzten
8 Förderprogrammen und höheren Sozialausgaben durch mangelnde Kostenkontrolle zu
9 kämpfen. Während andere Bezirke Ausnahmen ausgehandelt oder den Personalabbau in
10 der Praxis abgeschwächt haben, hält der Bezirksbürgermeister stur am
11 Personalabbau fest. Damit muss Schluss sein: Wir Grüne werden uns einem
12 konzeptlosen Personalabbau weiterhin entgegenstellen, damit die Verwaltung
13 endlich wieder in allen Bereichen ihre Aufgaben erledigen kann.

14 Der Personalabbau, die steigende Arbeitsbelastung und ein hoher Krankenstand
15 machen die Arbeit in der Bezirksverwaltung für Berufsanfängerinnen und -anfänger
16 immer unattraktiver. Da der Verwaltung ein Generationswechsel bevorsteht und die
17 Dienstleistungen durch neue digitale Möglichkeiten angeboten werden sollen,
18 brauchen wir neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Schwung und die Ideen
19 junger Menschen. Um attraktivere Arbeitsplätze zu schaffen, wollen wir zum
20 Beispiel flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office ermöglichen. Durch eine
21 Ausbildungsinitiative möchten wir junge Menschen für eine Laufbahn in der
22 Verwaltung begeistern. Dafür werden wir auch auf die Hochschulen und
23 Universitäten zugehen, um Studierende schon während ihrer Ausbildung für eine
24 Arbeitsstelle in der Bezirksverwaltung zu gewinnen.

25 Für unsere Verwaltung brauchen wir die qualifiziertesten Köpfe. Dafür müssen die
26 Stellenbesetzungen transparent und zügig durchgeführt werden. Verfahren, die
27 mehrere Monate dauern, strapazieren die Geduld der Bewerberinnen und Bewerber
28 und sind nicht konkurrenzfähig. Hier wollen wir Bürokratie abbauen und
29 freihändige Stellenbesetzungen beenden, um Vetternwirtschaft auszuschließen.
30 Stattdessen wollen wir erste Versuche von anonymisierten Bewerbungsverfahren im
31 Bezirksamt ausbauen. Für uns zählen Ausbildung, Fähigkeiten und Motivation und
32 nicht, wer wen mit welchem Parteibuch kennt.

33 Um die Verwaltung an die heutigen Anforderungen der Menschen in unserem Bezirk
34 anzupassen, werden wir die Möglichkeiten ausbauen, von zuhause aus online
35 Verwaltungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Dies gehört für uns zu den
36 Voraussetzungen einer modernen Großstadt. Für Familien setzen wir auf
37 Familienbüros, bei denen alle Leistungen des Staats gebündelt von einer Stelle
38 beantragt werden können.

39 3.2 Investitionsmittel sichern und erhöhen

40 Durch die Vorgaben des Berliner Senats musste unser Bezirk viele Jahre
41 zusätzlich sparen, weil unser Bezirk im Vergleich zu anderen Bezirken
42 beispielsweise mehr Kosten je Schüler*in aufwendet. Dadurch bestraft das Land
43 Berlin die Bezirke, die ungünstige Voraussetzungen wie große Schulgebäude mit

44 hohen Unterhaltungskosten haben oder die auf Qualität anstatt auf Quantität
45 setzen. Für die „Haushaltssanierung“ nutzten SPD und CDU finanzielle Mittel, die
46 für wichtige Investitionen vorgesehen waren. Das Ergebnis sehen die
47 Anwohner*innen an jeder Ecke: Der Bezirk ist zwar „schuldenfrei“, nimmt dafür
48 aber alleine an den Schulen einen Sanierungstau von 120 Millionen Euro in Kauf.
49 Von den allein in 2016 „eingesparten“ drei Millionen Euro Investitionsgeldern
50 hätten an zwölf Schulen Toiletten saniert werden können. Das Geld fehlt aber
51 auch den Berliner Bauunternehmen und Handwerksbetrieben, die mit diesen
52 Aufträgen neue Arbeitsplätze hätten schaffen können.

53 Im Jahr 2015 haben wir zusätzlich sechs Millionen Euro für die Grundsanierung
54 der Schulen erstritten. Doch hier muss sich angesichts des riesigen
55 Sanierungstaus noch viel mehr bewegen. Dafür wollen wir in Zukunft neue Wege
56 gehen: Anders als bisher wollen wir nationale und europäische Förderprogramme
57 nutzen, um die Probleme in unseren Kiezen besser und schneller zu lösen und um
58 mehr Mittel für Investitionen nutzen zu können. Um diese Mittel beantragen und
59 verwalten zu können, wollen wir qualifiziertes Personal anstellen.

60 3.3 In die Zukunft investieren

61 Wir wollen nicht an Zukunftsinvestitionen sparen, sondern unsere Verwaltung so
62 modernisieren, dass alle Abteilungen wirtschaftlich arbeiten - vom Ordnungsamt
63 bis zum Schulamt. dort, wo unser Bezirk unwirtschaftlich arbeitet wie
64 beispielsweise im Ordnungsamt. Außerdem möchten wir uns dafür einsetzen, dass
65 Bezirke nicht mehr finanziell benachteiligt werden, nur weil sie größere
66 Klassenzimmer oder viele Schulkinder haben, deren Muttersprache nicht Deutsch
67 ist.

68 Wir wollen, dass Schulen, Bibliotheken, Parks, Sportanlagen, Jugendeinrichtungen
69 und Bürogebäude schneller und umfangreicher saniert werden – für die, die sie
70 nutzen und für die, die darin arbeiten. Deshalb möchten wir dafür sorgen, dass
71 in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld verbaut wird, damit sich Schulkinder
72 wieder auf die Toiletten trauen oder Sportanlagen wieder gefahrlos genutzt
73 werden können. Denn weitere fünf Jahre verantwortungslose Sparpolitik werden
74 nicht nur unsere Kinder doppelt bezahlen müssen: heute als Schülerinnen und
75 Schüler, die in maroden Schulen lernen müssen, und morgen als Steuerzahlerinnen
76 und -zahler. Wir wollen die strukturellen Probleme angehen, um die Grundlagen
77 für unsere Zukunft zu schaffen.

78 3.4 Wirtschaftlichen Aufschwung fördern und Perspektiven eröffnen

79 Die Wirtschaft in unserem Bezirk boomt und wir sehen große Chancen in dieser
80 Dynamik. Dafür brauchen wir eine moderne Wirtschaftsförderung, welche die
81 Gründerszene ebenso in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt wie die kleinen
82 Handwerksbetriebe in den Kiezen. Deshalb wollen wir diesen Bereich personell
83 stärken und dafür sorgen, dass die Verwaltung Unternehmen bei ihren Problemen
84 wie unkoordinierte Baustellen vor der Ladentüre, dem Fachkräftemangel oder
85 Maßnahmen im Bereich der Ressourceneffizienz weiterhilft. Für uns ist
86 bezirkliche Wirtschaftspolitik ein Querschnittsthema: von guten Schulen, welche
87 die Fachkräfte von Morgen ausbilden, über die klassische Förderung von Start-Ups
88 und den kleinen und mittelgroßen Unternehmen, bis hin zur Vereinbarkeit von
89 Familie und Beruf. Wirtschaftspolitik betrifft alle Fachbereiche im Bezirksamt
90 und muss endlich den Stellenwert bekommen, den sie verdient.

91 Wir wollen die weichen Standortfaktoren im Bezirk, wie gepflegte Grünanlagen und
92 ein reichhaltiges Kulturangebot, ebenso stärken wie Orte des Austauschs und des
93 Netzwerkers, um Gründer*innen zu unterstützen. Wir wollen eine nachhaltige
94 Tourismusedwicklung, die allen Menschen im Bezirk zugutekommt. Hierzu werden
95 wir in den touristischen Hotspots die Interessensgemeinschaften vor Ort
96 weiterentwickeln und unerschlossene Potenziale in den anderen Bezirksregionen
97 erschließen. Wir möchten, dass mehr Menschen vom Wirtschaftsaufschwung
98 profitieren. Daher werden wir arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärker auf die
99 Bedürfnisse der Unternehmen abstimmen, damit offene Stellen besetzt und auch
100 Menschen in schwieriger Lage Perspektiven eröffnet werden.

101 Darüber hinaus möchten wir Menschen aus der Armut und geringer Beschäftigung
102 holen. In Berlin-Mitte leben hunderttausend Menschen, die auf die Unterstützung
103 des Jobcenters oder des Sozialamtes angewiesen sind. Für uns sind das
104 hunderttausend zu viel. Wer Hilfe braucht, hat nicht nur Anspruch auf Hilfe,
105 sondern auch auf offene Türen in den Ämtern sowie auf gute Beratung. Das geht
106 nur mit genug Personal und daran wollen wir nicht sparen. In jeder Familie
107 wollen wir mindestens eine Person in Arbeit oder Ausbildung bringen. Für
108 diejenigen, die im Arbeitsmarkt in der „freien Wirtschaft“ nicht mithalten
109 können, sollen Bezirksamt und Senat verlässliche Arbeitsmöglichkeiten schaffen.
110 Durch Anpassungsqualifizierung beim Jobcenter und Überzeugung der
111 Arbeitgeber*innen wollen wir den Übergang vom Minijob zur Vollzeitstelle
112 bewirken. Dadurch wollen wir auch einen Beitrag gegen die steigende Armut trotz
113 Arbeit und die hohe Altersarmut im Bezirk leisten.

Antragsteller*innen:

344 3.1 Verwaltung erneuern und modernisieren

345 Die Verwaltung soll für die Menschen da sein. Doch ein Termin beim Bürgeramt,
346 Heiraten am Samstag oder Elterngeld bevor die Elternzeit vorbei ist, wurden in
347 den letzten Jahren für viele Berlinerinnen und Berliner zum Glücksspiel. Das ist
348 die Folge der Personalpolitik von SPD und CDU im Bezirk und im Land, durch die
349 unser Bezirk in fünf Jahren 220 Vollzeitstellen einsparen musste und muss.
350 Dadurch hat unser Bezirk auch mit verlorenen Einnahmen, ungenutzten
351 Förderprogrammen und höheren Sozialausgaben durch mangelnde Kostenkontrolle zu
352 kämpfen. Während andere Bezirke Ausnahmen ausgehandelt oder den Personalabbau in
353 der Praxis abgeschwächt haben, hält der Bezirksbürgermeister stur am
354 Personalabbau fest. Damit muss Schluss sein: Wir Grüne werden uns einem
355 konzeptlosen Personalabbau weiterhin entgegenstellen, damit die Verwaltung
356 endlich wieder in allen Bereichen ihre Aufgaben erledigen kann.

357 Der Personalabbau, die steigende Arbeitsbelastung und ein hoher Krankenstand
358 machen die Arbeit in der Bezirksverwaltung für Berufsanfängerinnen und -anfänger
359 immer unattraktiver. Da der Verwaltung ein Generationswechsel bevorsteht und die
360 Dienstleistungen durch neue digitale Möglichkeiten angeboten werden sollen,
361 brauchen wir neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch den Schwung und die
362 Ideen junger, motivierter Menschen. Die Vielfalt im Bezirk muss sich dabei auch
363 in der personellen Besetzung der Verwaltung widerspiegeln.

364 Um attraktivere Arbeitsplätze zu schaffen, sind flexiblere Arbeitszeiten oder
365 Home Office für uns denkbar. Durch eine Ausbildungsinitiative möchten wir junge
366 Menschen für eine Laufbahn in der Verwaltung begeistern. Dafür werden wir auch
367 auf die Hochschulen und Universitäten zugehen, um Studierende schon während
368 ihrer Ausbildung für eine Arbeitsstelle in der Bezirksverwaltung zu gewinnen.

369 Für unsere Verwaltung brauchen wir die qualifiziertesten Köpfe. Dafür müssen die
370 Stellenbesetzungen transparent und zügig durchgeführt werden. Verfahren, die
371 mehrere Monate dauern, strapazieren die Geduld der Bewerberinnen und Bewerber
372 und sind nicht konkurrenzfähig. Hier wollen wir Bürokratie abbauen und
373 freihändige Stellenbesetzungen beenden, um Vetternwirtschaft auszuschließen.
374 Gleichstellungsziele sollen konsequent verfolgt und Diskriminierung bekämpft
375 werden. Dafür wollen wir erste Versuche von anonymisierten Bewerbungsverfahren
376 im Bezirksamt ausbauen. Für uns zählen Ausbildung, Fähigkeiten und Motivation
377 und nicht, wer wen mit welchem Parteibuch kennt.

378 Um die Verwaltung an die heutigen Anforderungen der Menschen in unserem Bezirk
379 anzupassen, werden wir die Möglichkeiten ausbauen, Verwaltungsleistungen online
380 von zuhause aus in Anspruch zu nehmen. Dies gehört für uns zu den
381 Voraussetzungen einer modernen Großstadt.

382 3.2 Investitionsmittel sichern und in die Zukunft investieren

383 Durch die Vorgaben des Berliner Senats musste unser Bezirk viele Jahre
384 zusätzlich sparen, weil unser Bezirk im Vergleich zu anderen Bezirken
385 beispielsweise mehr Kosten je Schüler*in aufwendet. Dadurch bestraft das Land
386 Berlin die Bezirke, die ungünstige Voraussetzungen wie große Schulgebäude mit
387 hohen Unterhaltungskosten haben oder die auf Qualität anstatt auf Quantität

388 setzen. Für die „Haushaltssanierung“ nutzten SPD und CDU finanzielle Mittel, die
389 für wichtige Investitionen vorgesehen waren. Das Ergebnis sehen die
390 Anwohner*innen an jeder Ecke: Der Bezirk ist zwar „schuldenfrei“, nimmt dafür
391 aber alleine an den Schulen einen Sanierungstau von 120 Millionen Euro in Kauf.
392 Von den allein im Jahr 2016 „eingesparten“ drei Millionen Euro
393 Investitionsgeldern hätten an zwölf Schulen Toiletten saniert werden können. Das
394 Geld fehlt aber auch den Berliner Bauunternehmen und Handwerksbetrieben, die mit
395 diesen Aufträgen neue Arbeitsplätze hätten schaffen können.

396 Im Jahr 2015 haben wir zusätzlich sechs Millionen Euro für die Grundsanierung
397 der Schulen erstritten. Doch hier muss sich angesichts des riesigen
398 Sanierungstaus noch viel mehr bewegen. Dafür wollen wir in Zukunft neue Wege
399 gehen: Anders als bisher wollen wir nationale und europäische Förderprogramme
400 nutzen, um die Probleme in unseren Kiezen besser und schneller zu lösen und um
401 mehr Mittel für Investitionen nutzen zu können. Um diese Mittel beantragen und
402 verwalten zu können, wollen wir qualifiziertes Personal anstellen.

403 Wir wollen nicht an Zukunftsinvestitionen sparen, sondern unsere Verwaltung so
404 gestalten, dass alle Abteilungen, vom Ordnungsamt bis zum Schulamt,
405 wirtschaftlich arbeiten. Wir wollen, dass Schulen, Bibliotheken, Parks,
406 Sportanlagen, Jugendeinrichtungen und Bürogebäude schneller und umfangreicher
407 saniert werden – für die, die sie nutzen und für die, die darin arbeiten.
408 Deshalb möchten wir dafür sorgen, dass in den kommenden Jahren deutlich mehr
409 Geld verbaut wird, damit sich Schulkinder wieder auf die Toiletten trauen oder
410 Sportanlagen wieder gefahrlos genutzt werden können. Denn weitere fünf Jahre
411 verantwortungslose Sparpolitik werden nicht nur unsere Kinder doppelt bezahlen
412 müssen: heute als Schülerinnen und Schüler, die in maroden Schulen lernen
413 müssen, und morgen als Steuerzahlerinnen und -zahler. Wir wollen die
414 strukturellen Probleme angehen, um die Grundlagen für unsere Zukunft zu
415 schaffen.

416 3.3 Wirtschaftlichen Aufschwung fördern und Potenziale erschließen

417 Die Wirtschaft in unserem Bezirk boomt und wir sehen große Chancen in dieser
418 Dynamik. Dafür brauchen wir eine moderne Wirtschaftsförderung, welche die
419 Gründerszene ebenso in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt wie die kleinen
420 Handwerksbetriebe in den Kiezen. Deshalb wollen wir diesen Bereich personell
421 stärken und dafür sorgen, dass die Verwaltung Unternehmen und anderen
422 wirtschaftlich Tätigen bei ihren Problemen wie unkoordinierte Baustellen vor der
423 Ladentüre, dem Fachkräftemangel oder Maßnahmen im Bereich der
424 Ressourceneffizienz weiterhilft. Für uns ist bezirkliche Wirtschaftspolitik ein
425 Querschnittsthema: von guten Schulen, die die Fachkräfte von morgen ausbilden,
426 über die klassische Förderung von Start-Ups und den kleinen und mittelgroßen
427 Unternehmen bis hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wirtschaftspolitik
428 betrifft alle Fachbereiche im Bezirksamt und muss endlich den Stellenwert
429 bekommen, den sie verdient.

430 Wir wollen die weichen Standortfaktoren im Bezirk, wie gepflegte Grünanlagen und
431 ein reichhaltiges Kulturangebot, ebenso stärken wie Orte des Austauschs und des
432 Netzwerkens, um Gründer*innen zu unterstützen. Außerdem setzen wir uns für
433 freies WLAN im Bezirk ein und wollen dafür öffentliche Gebäude als Standorte für
434 Initiativen wie Freifunk bereitstellen. Wir wollen eine nachhaltige
435 Tourismusedwicklung, die allen Menschen im Bezirk zugutekommt. Hierzu werden

436 wir in den touristischen Hotspots die Interessensgemeinschaften vor Ort
437 weiterentwickeln und unerschlossene Potenziale in den anderen Bezirksregionen
438 erschließen. Außerdem möchten wir, dass mehr Menschen vom Wirtschaftsaufschwung
439 profitieren. Daher werden wir arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärker auf die
440 Bedürfnisse der Unternehmen abstimmen, damit offene Stellen besetzt und auch
441 Menschen in schwieriger Lage Perspektiven eröffnet werden.

442 3.4 Armut bekämpfen und Perspektiven eröffnen

443 Wer Hilfe braucht, hat nicht nur Anspruch auf Hilfe, sondern auch auf offene
444 Türen in den Ämtern sowie auf gute Beratung. Das geht nur mit genug Personal,
445 und daran wollen wir nicht sparen. Darüber hinaus werden wir das bezirkliche
446 Beschwerdemanagement verbessern: Beschwerden und Anregungen sollen schneller
447 bearbeitet und transparent einsehbar sein. Für das Jobcenter werden wir eine
448 Ombudsstelle einrichten, die Beschwerden über das Jobcenter neutral prüft.

449 In jeder Familie wollen wir mindestens eine Person in Arbeit oder Ausbildung
450 bringen. Für diejenigen, die im Arbeitsmarkt in der „freien Wirtschaft“ nicht
451 mithalten können, sollen Bezirksamt und Senat verlässliche Arbeitsmöglichkeiten
452 schaffen. Durch Anpassungsqualifizierung beim Jobcenter und Überzeugung der
453 Arbeitgeber*innen wollen wir den Übergang vom Minijob zur Vollzeitstelle
454 unterstützen. Dadurch wollen wir auch einen Beitrag gegen die steigende Armut
455 trotz Arbeit leisten. Auch die Altersarmut in unserem Bezirk wollen wir angehen.
456 Gemeinsam mit der Seniorenvertretung werden wir dafür werben, Hilfen wie die
457 gesetzliche Grundsicherung in Anspruch zu nehmen und nicht aus Scham ungenutzt
458 zu lassen.